

Schweiz

Schienensuizid. Immer mehr Menschen werfen sich vor den Zug – ein Trauma für die Lokführer. **Seite 4**

Importe. Der Nationalrat beschloss, das Cassis-de-Dijon-Prinzip für Lebensmittel aufzuheben. **Seite 5**

International

Albtraum. Griechenlands Regierungschef sucht hektisch nach einer Einigung mit den Kreditgebern. **Seite 6**

Gedenken. Moskau will mit einer Militärparade seinen Anteil am Sieg über Hitler unterstreichen. **Seite 7**

Basel

Entlassen. Der 16-Jährige, der am Freitag vor einer Woche eine Bombenattrappe beim Theater legte, ist aus der U-Haft entlassen worden. **Seite 11**

Rekordjahr. Der Basler Zoo hat ein erfolgreiches Jahr mit über zwei Millionen Besuchern hinter sich. Dennoch ist er auf Spenden angewiesen. **Seite 15**

Kultur

Meisterpianist. Er gilt als einer der begnadetsten Improvisatoren und wird als komplizierter Künstler gefürchtet: Keith Jarrett wird 70. **Seite 23**

Wirtschaft

Konsequenzen. Konjunkturforscher Jan-Egbert Sturm glaubt nicht, dass sich der Franken in absehbarer Zeit abschwächt. Schon gar nicht, wenn Griechenland bankrottgeht. **Seite 33**

Sport

Was war das denn? An der Eishockey-WM in Prag hat das Schweizer Team eine weitere Niederlage gegen einen vermeintlich schwächeren Gegner kassiert: Lettland siegt 2:1. **Seite 38**

Wetter

Region. Sonne vormittags, Sonne nachmittags, dazwischen ein paar Schleierwolken, milde 18 Grad – Freude herrscht. **Seite 20**

www.baz.ch

Online. Showdown in Grossbritannien: Eine politische Neuausrichtung könnte auf der Insel bevorstehen. Nach letzten Wahlkampfveranstaltungen kommt es heute zu den Parlamentswahlen.



Biennale – so vielfältig wie nie

Fast 90 Länder zeigen Kunst zu den Zukünften der Welt

Venedig. Wenn diesen Samstag die 56. Biennale von Venedig ihre Pforten öffnet, dann erwartet das Publikum eine Schau, die gleich zwei Parcours durch die zeitgenössische Kunst gleichkommt: erschlagend, berauschend und voller suggestiver Kraft.

Diesmal sind 87 Länder vertreten. Das Motto lautet «All the World's Futures», alle Zukünfte dieser Welt. 29 Nationen haben einen eigenen Pavillon im grössten Park von Venedig – den Giardini im äussersten Osten der Lagunenstadt. Die übrigen 60 kommen entweder auf dem weitläufigen Arsenal-Gelände unter, oder sie mieten sich in der Stadt einen der vielen alten Paläste. Für das Publikum ist das die schönste Art, die Serenissima zu entdecken. Bleibende Bilder und anregende Eindrücke findet man hier zuhauf. **mat Seite 21**

Dubiose Beraterhonorare – neue Affäre im Baselbiet

Geschäftsprüfungskommission deckt erschreckende Missstände auf

Von Christian Keller

Liestal. In ihrem Untersuchungsbericht, den die Baselbieter Geschäftsprüfungskommission (GPK) gestern veröffentlichte, werden schwerwiegende Feststellungen gemacht. Dabei geht es um Aufträge an externe Berater in der Höhe von 50 bis 60 Millionen Franken, welche die kantonalen Direktionen jährlich vergeben.

Die GPK lässt kein gutes Haar an der Vergabepaxis und erkennt diverse Verfehlungen, etwa im Beschaffungswesen. So ist in dem Untersuchungsbericht zu lesen: «Bei der Auftragsvergabe fehlt oft das Bewusstsein für die Vorgaben des Beschaffungsrechts. Die Beschaffungsregeln werden oft verletzt, missachtet oder umgangen.»

Das parlamentarische Kontrollorgan hatte die Beraterhonorare schon länger im Visier, erhielt aber von den zuständigen Ämtern keine befriedigenden Antworten. Die GPK musste die Finanzkontrolle einschalten, um zu ihren Informationen zu kommen. Nun liegt eine Auswertung vor, die zeigt, dass bei 60 Prozent der überprüften Beraterfirmen «Feststellungen im Sinne von Mängeln» vorliegen. In einem Fall wurde von den Behörden beispielsweise ein Liquiditätsplanungstool bestellt, obwohl noch gar nicht bestimmt war, welche Bedürfnisse es abdecken sollte. Prompt erwies sich das erworbene Produkt als unbrauchbar.

Für die GPK ist erwiesen: «Mit diesen Aufträgen wurden Steuergelder verschwendet.»

Unhaltbare Zustände werden weiter beim Submissionswesen konstatiert. «Wiederkehrende Aufträge werden in enger Zusammenarbeit mit den Auftragsnehmenden so formuliert, dass letztendlich nur diese wiederum den Zuschlag erhalten können.» Der GPK fehlt zudem bei Regierung und Verwaltung ein Verständnis für Kosten-Nutzen-Analysen. Generalsekretäre würden Aufträge an Dritte vergeben, um die Verantwortung abzuschieben. Ein Controlling oder eine direktionsübergreifende Absprache fehlten.

Wie SVP-Landrat und GPK-Präsident Hanspeter Weibel im BaZ-Interview erklärt, sei ein Sparpotenzial von mindestens 18 Millionen Franken vorhanden. Der Baselbieter Regierungsrat weist die Vorwürfe zurück. **Seite 17**

Barcelona drei Tore besser als Bayern



Schwere Hypothek. Alles steuerte im Champions-League-Halbfinal zwischen Barcelona und Bayern München auf ein 0:0 zu, doch dann begann der Wundersturm der Katalanen zu zaubern: Zweimal traf Lionel Messi (Bild) und einmal Neymar ins Gehäuse und beide schossen die Münchner ins Elend. 0:3 – das ist auch für die Mannschaft von Pep Guardiola, der im heimischen Stadion immer etwas zuzutrauen ist, eine schwere Hypothek vor dem Rückspiel am nächsten Dienstag. **aws Foto Key**

Sinnlose Abstimmung

Frage der Unterflur-Container kann nicht geklärt werden

Basel. Die Abstimmung zur flächendeckenden Abfallentsorgung mit Unterflur-Containern wird zum Leerlauf. Keine einzige Partei hat für die Abstimmung die Ja-Parole beschlossen. Selbst die Regierung hat sich in einer aussergewöhnlichen Kehrtwendung entschieden, die Vorlage zu bekämpfen.

Tatsächlich ist die Abstimmung wenig sinnvoll. Denn aus dem zu erwartenden Nein lassen sich letztlich keine Erkenntnisse ziehen. Nicht nur die Gegner der Unterflur-Container lehnen die Vorlage ab, sondern auch die meisten Befürworter. Sie sind gegen den Kompromiss des Parlaments, das den Kredit halbiert hat. So müssten zwei Entsorgungssysteme parallel betrieben werden. Klar ist: Das Thema Unterflur-Container wird auch nach der Abstimmung am 14. Juni weiter zu reden geben. **hys Seite 11**

Tiere töten gehört dazu

Bioethikerin ist gegen ein Angelverbot für Kinder

Von Daniel Wahl

Basel. Es ist eine kleine, aber lautstarke Gruppe von Tierschützern, die für Kinder ein Angel- und Fischtötungsverbot gesetzlich verankern will. Schädlich sei das Fischen für die Kinder, es stumpfe sie ab, argumentiert etwa die selbst ernannte Allschwiler Tierethikerin Christine Rüedi. Den Druck, den sie zusammen mit dem Schweizer Tierschutz aufbaute, führte dazu, dass der Kantonale Fischerverband sein Angelprogramm aus dem Ferienpassangebot für Kinder gestrichen hat.

Für Bioethikerin Karin Blumer, die im Ethikrat das gross angelegte Human Brain Project (Budget eine Milliarde Franken) begleitet, entspringt diese Forderung dem Zeitgeist. Die verfassungsrechtlich verankerte «Würde des Tieres» werde immer mehr als Tiernutzungsverbot umgedeutet. Das sei ein

falscher Weg, erklärt sie im BaZ-Interview und spricht von einer zunehmenden Entfremdung einer verstärkten Gesellschaft von ihnen (auch pflanzlichen) Nahrungsmitteln.

Gerade für Kinder sei es wichtig zu wissen, dass Tiere für den Fleischverzehr sterben müssen. Dass Kinder abstumpfen würden, wenn sie zusehen, wie Fische getötet werden, dafür gebe es in der Literatur keine Belege. Es könne zwar nachgewiesen werden, dass Gewaltverbrecher in ihrer Kindheit oft auch Tiere gequält hätten. Aber einen Umkehrschluss daraus zu ziehen, sei so gefährlich wie falsch. Es hiesse, dass Bauernvölker höhere Verbrecherraten hätten, was nicht der Fall sei.

Karin Blumer hat über das Mensch-Tier-Verhältnis doktriniert. Sie plädiert für einen grossen Respekt im Umgang mit Tieren, bejaht aber auch Tiertötungen. **Seite 2**

Die Botschaft an die EU

Verhandlungsposition definiert

Bern. Die Schweiz unterstellt sich keiner EU- und keiner EWR-Gerichtsbarkeit; sie will weder der EU beitreten noch Mitglied des europäischen Binnenmarkts sein; sie schliesst keine Verträge ab, die ihre Souveränität juristisch oder faktisch einschränken. Und das alte Beitrittsgesuch der Schweiz zur EU ist gegenstandslos. Dies alles muss der Bundesrat der EU «aktiv mitteilen» und bei seinen Verhandlungen über ein künftiges institutionelles Abkommen konsequent gegenüber der EU vertreten. Einer Motion der SVP-Bundeshausfraktion mit diesem Inhalt ist der Nationalrat gestern gefolgt.

Bundesrat und Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) erklärte sich mit diesen Forderungen einverstanden. Der letzte Entscheid zur Übernahme eines Rechtsakts liege auch im geplanten Rahmenabkommen mit der EU immer bei der Schweiz, sagte er.

Ja gesagt hat der Nationalrat auch zu einer Motion der SP zum gleichen Thema. Der Nationalrat hat den Bundesrat damit beauftragt, «die Qualität der Beziehungen zur EU zu gewährleisten». Er soll die rechtlichen Grundlagen vorschlagen, «welche den Beibehalt, die Weiterentwicklung und die Vertiefung der Beziehungen zu Europa sicherstellen». Beide Vorstösse, bei denen der Bundesrat keinen Widerspruch sieht, gehen nun in den Ständerat. **bg Seite 3**

Hilfe für Häfen aus dem Netz

Erstes Leitsystem für Schiffe

München/Basel. Die Häfen in Basel, Weil am Rhein und Mulhouse arbeiten in Zukunft enger zusammen: Ein webbasiertes Leit- und Meldesystem für die insgesamt sieben Containerterminals in den Häfen soll die Effizienz der Anlagen deutlich steigern, wie die Hafenbetreiber gestern während der Logistikmesse in München mitteilten. Die Leistung der Terminals soll auf diese Weise um bis zu zehn Prozent erhöht werden, sagte der Direktor der Schweizerischen Rheinhäfen, Hans-Peter Hadorn, der BaZ. Die Rheinhäfen sind laut Hadorn auf diese Steigerung angewiesen, da sie bis in fünf Jahren wegen des zunehmenden Containerumschlags an ihre Kapazitätsgrenzen stossen werden. Aktuell gebe es zudem immer wieder Konflikte, wenn Schiffe länger auf eine Abwicklung im Terminal warten müssen.

Das Leitsystem soll zum Standard für weitere Anlagen am Rhein werden. Die drei Hafenbetreiber planen die Vermarktung. **pg Seite 31**

ANZEIGE

Tag der offenen Tür
Dienstag, 12. Mai 2015, 8.30 bis 15.00 Uhr

Erleben Sie mit Ihren Kindern und Freunden den Schulalltag in unseren Tagesschulen.
Minerva Kindergarten- und Primarstufe
Bürgerliches Waisenhaus
Theodorskirchplatz 7, CH-4058 Basel
Tel. +41 (0)61 683 96 01
Minerva Sekundarstufe I
Wildensteinerhof
St. Alban-Vorstadt 32, CH-4052 Basel
Tel. +41 (0)61 278 98 88
www.minervaschulen.ch



Unkontrolliert Millionen ausgegeben

Die GPK ortet bei der Vergabe von Beratungsmandaten gravierende Missstände

Von Christian Keller

Liestal. Die Vergabepraxis von Beratungshonoraren stand bei der Baslerbieter Geschäftsprüfungskommission (GPK) – so schreibt sie es einleitend in ihrem gestern veröffentlichten Bericht – schon länger im Fokus. Doch konkrete Informationen erhielt sie von den Amtsstellen keine. Erst als die GPK die Finanzkontrolle einschaltete, welche im Juni 2014 eine Untersuchung einleitete, kamen die Zahlen auf den Tisch.

Anhand dieser Abklärungen erhält die Öffentlichkeit nun erstmals einen Eindruck, wie viel Geld der hochdefizitäre Kanton für externe Beratungsdienstleistungen ausgibt. Die von der GPK eingesetzte Arbeitsgruppe schätzt die jährlich vergebenen Mandate auf 50 bis 60 Millionen Franken. In dieser Summe nicht enthalten sind beratende Leistungen in der Höhe von 14 Millionen Franken, die im Zusammenhang mit Bauvorhaben anfallen. Mit Abstand am meisten ausgegeben wurde in der Finanzdirektion, welche für die zentralen Informatikleistungen verantwortlich ist. Der Anteil beträgt 45 Prozent. Dahinter folgen die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (16 Prozent), die Sicherheitsdirektion (13 Prozent), die Bildungs- und Kulturdirektion (10 Prozent), die Gerichte (11 Prozent) und übrige Stellen (5 Prozent).

Mängelquote von 60 Prozent

Bei ihren Überprüfungen durchforschte die Finanzkontrolle stichprobenweise 653 Abrechnungen von insgesamt 61 Firmen, die für den Kanton im Mandatsverhältnis gearbeitet hatten. Das Ergebnis ist alarmierend: Bei 35 der 61 Auftragnehmer wurden «Feststellungen im Sinne von Mängeln» registriert. Das entspricht einer Quote von 60 Prozent. Für die GPK handelt es sich um ein «erhebliches Problem». Die zahlreichen Missstände, die sie in ihrem Bericht aufzählt, sind gravierend.

Als besonders besorgniserregend erscheinen die Beobachtungen, welche das parlamentarische Kontrollgremium bei der Ausschreibung von Beratungsprojekten gemacht hat. So ist der GPK aufgefallen, dass eine hohe Treue zu den immer wieder gleichen Dienstleistern auszumachen sei. «Wiederkehrende Aufträge werden in enger Zusammenarbeit mit den Auftragsnehmenden so formuliert, dass letztendlich nur diese wiederum den Zuschlag erhalten können. Dadurch entstehen (gegenseitige) Abhängigkeiten von Personen, Firmen und dem Kanton.»

Diese Zeilen lassen sich nur so verstehen, dass im Baseltier offensichtlich Zustände herrschen, die von der Korruption nicht mehr weit entfernt sind. Der Staat verschafft einzelnen privaten Anbietern Einkünfte, indem er das Submissionsverfahren zu ihrem Vorteil gestaltet. Vor diesem hochbrisanten Hintergrund kommt die GPK zum Schluss: «Bei der Auftragsvergabe fehlt

«Bei zahlreichen Projekten konnte kein nachweisbarer Nutzen festgestellt werden.»

oft das Bewusstsein für die Regeln des Beschaffungsrechts. Bei einem Grossteil der in der Stichprobe erfassten externen Auftragsvergaben werden die gesetzlichen Vorgaben verletzt, missachtet oder umgangen.»

Regierung: «Pauschalvorwürfe»

Die Ergebnisse der GPK waren gestern keine zehn Minuten lang auf der Website des Kantons publiziert, da reagierte der Baslerbieter Regierungsrat mit einer Stellungnahme auf die schwerwiegenden Kritikpunkte. Überschrift: «Beschaffungsentscheide des Kantons erfolgen zweckmässig und verantwortungsbewusst». Die Regierung weist die

Befunde der GPK zurück. «Der Bericht kommt teilweise zu Schlüssen, die in ihrer Pauschalisierung und mit der Verallgemeinerung einzelner Feststellungen so nicht zulässig sind und sich nicht belegen lassen.» Es sei weder sachdienlich noch zulässig, aus den festgestellten Mängeln in einzelnen Projekten «generelle und nicht zutreffende Pauschalvorwürfe abzuleiten». Weiter monierte die Kantonsexekutive, dass sie vorgängig von der GPK nicht einbezogen worden sei, um eine «sachliche, objektive Darstellung» sicherzustellen. Diesen Vorwurf akzeptiert GPK-Präsident Hanspeter Weibel nicht (siehe Interview unten).

In der Medienmitteilung wird betont, dass bei Regierung und Verwaltung «auf allen Stufen ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für einen zweckmässigen und sparsamen Umgang mit Steuergeldern vorhanden ist». Die GPK gelangte bei ihren Nachforschungen jedoch zur gegenteiligen Auffassung. Die stichprobenweise Analyse der Beratungshonorare habe gezeigt, dass sowohl das Beschaffungsrecht als auch die Vorgaben zur Projektabwicklung von vielen Dienststellen nicht eingehalten würden. «Es fehlt bei vielen Führungspersonen das Verantwortungsbewusstsein, dass mit den Steuergeldern zweckmässig und sparsam umgegangen werden muss.» Eine Verbesserung sei nur zu erreichen, wenn die obersten Führungsgremien eine «Unternehmenskultur» entwickelten.

Konkret wird bemängelt, dass mit der Vergabe von Mandaten die Verantwortung an Dritte abgeschoben werde. Das Controlling sei oft ungenügend. «Ausser einer diffusen Problembeschreibung erfolgt kein aktiver Beitrag seitens des Auftraggebers. Im besten Fall werden externe Aufträge verwaltet.» Eine klare Zuordnung von Verantwortlichkeit und Kompetenzen fehle. «Es entsteht der Eindruck, dass Gene-

ralsekretäre und weitere oberste Kader der kantonalen Verwaltung die Lösungsfindung sowie auch deren Umsetzung an externe Berater weiterdelegieren, um einerseits keine eigenen Fehler zu begehen und andererseits

«Gesetzliche Vorgaben werden verletzt, missachtet oder umgangen.»

keine Verantwortung übernehmen zu müssen.» Die GPK fragt sich, ob dieses Gebaren nicht zu einem Verlust von Know-how innerhalb der Verwaltung führt und damit der Kreislauf der externen Aufträge am Leben erhalten wird.

Unbrauchbare Aufträge

Bedenklich ist ein weiteres Fazit, zu dem die Mitglieder der Kommission kommen: Bei den Beratermandaten fehlten Kosten-Nutzen-Überlegungen weitgehend. Rechenschaft zu dieser entscheidenden Frage würde keine abgelegt. Dabei hätte die Analyse offengelegt, dass bei zahlreichen abgeschlossenen Projekten «kein nachweisbarer Nutzen» festgestellt werden konnte. Als Beispiel nennen die Verfasser ein Liquiditätsplanungstool, welches bei Externen in Auftrag gegeben wurde, bevor die Bedürfnisse bekannt waren. Die Anschaffung war unbrauchbar.

Für die GPK ist ausserdem stossend, dass mit buchhalterischen Tricks verhindert werde, beim Landrat Nachtragskredite stellen zu müssen. «Teilweise werden Beratungsaufträge und Aufträge an Dritte vermengt und auf unterschiedlichen Konten verbucht.» Ausschreibungen – obwohl zwingend – würden nicht durchgeführt. Zwischen den Direktionen finde zudem nur selten eine systematische Koordination statt. Dies führe zu Doppelpurigkeiten und zu überhöhten Kosten.

Baselland baut Sozialarbeit aus

Soziale Unterstützung in den Sekundarschulen

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Kanton Baselland nimmt den Wechsel von vier auf drei Jahre Sekundarschule zum Anlass, die Schulsozialarbeit auszubauen, wie aus einer Mitteilung der Baslerbieter Regierung hervorgeht. Gleichzeitig regelt die Regierung die umstrittene Unterstellung der Sozialarbeit auf Verordnungsebene neu und beauftragt die Schulleitungen mit der Personalführung.

Ab August dieses Jahres wird der Kanton Baselland ein Viertel weniger Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler zählen: Das sechste Schuljahr übernehmen im Rahmen der Schulharmonisierung neu die Gemeinden. Der Regierungsrat hat jetzt aber beschlossen, die Schulsozialarbeit an den Sekundarschulen nicht im gleichen Umfang zu reduzieren. Vorgesehen ist, die Stellendotation der Sozialarbeit an den Sekundarschulen ab Sommer 2016 um zehn statt 25 Prozent zu reduzieren, dies «trotz der angespannten Finanzlage», wie der Regierungsrat schreibt. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hat die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion zudem den Gemeinden empfohlen, aus Anlass der Übernahme des 6. Schuljahrs die Schulsozialarbeit in den Gemeinden auf- oder auszubauen. Die höhere Stellendotation an den Sekundarschulen begründet der Regierungsrat damit, dass sich Notwendigkeit und Nutzen klar bestätigen lassen.

Nach einem Übergangsjahr werden neu 13,4 Vollstellen für die Sozialarbeit an den 17 Standorten der Sekundarschulen zur Verfügung stehen. Ob die Gemeinden mit der Übernahme des sechsten Schuljahrs entsprechende Stellen an der Primarschule aufbauen, ist ihnen überlassen. Für die mit der Übernahme des sechsten Schuljahrs verbundenen Schulkosten werden die Gemeinden mit insgesamt 35 Millionen Franken entschädigt.

Dass die Regierung die Absicht hat, die Schulsozialarbeit personell den Schulleitungen zu unterstellen, hatte Bildungsdirektor Urs Wüthrich bereits im vergangenen Monat im Landrat bei der Beratung einer Parlamentarischen Initiative von Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) angekündigt. Wiedemann hatte die Unterstellung unter eine Fachstelle gefordert, weil in heiklen Fällen die Unabhängigkeit der Sozialarbeit von den Schulbehörden angezeigt sei.

Das Anliegen war damals zwar von Bildungsdirektor Wüthrich zurückgewiesen, inhaltlich aber von den Fraktionen unterstützt worden. Die Parlamentarische Initiative wurde abgelehnt, jedoch mit der Aufforderung, das Anliegen in der ordentlichen Form einer Motion oder eines Postulats einzureichen. Mit der Verordnung kommt die Regierung diesem Schritt jetzt zuvor: Die Personalführung geht nun dennoch von den Schulräten an die Schulleitungen über. Fachlich bleibt die Betreuung weiterhin beim Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote.

Gegendarstellung

Zum Artikel «Therwil bleibt bei der InterGGA», BaZ vom 2. Mai 2015.

Die Basler Zeitung schreibt, falls Therwil bei der InterGGA aussteige, brauche es keine öffentliche Ausschreibung. Dies ist falsch. Aufgrund einer kommunalen Verordnung ist die Gemeinde verpflichtet, nach dem Gesetz über öffentliche Beschaffungen zu verfahren. Die Basler Zeitung schreibt, der InterGGA-Ausstieg von Binningen sei für Therwil nicht überraschend gekommen. Dies ist falsch. Der Ausstieg kam für die Gemeinde Therwil sehr überraschend. Ferner schreibt die BaZ, in Oberwil und Böttingen sei ein gleicher Antrag erheblich erklärt und daher der GV vorgelegt worden. Das ist falsch. Die Anträge wurden nicht erheblich erklärt, sondern vom Gemeinderat direkt der GV unterbreitet. Gemeinderat Therwil

Die Redaktion hält an ihrer Darstellung fest.

«Viele Mitglieder waren fassungslos»

SVP-Landrat Hanspeter Weibel äussert sich als Präsident und Sprecher der GPK zu den Untersuchungen

Von Christian Keller

BaZ: Der GPK-Bericht erweckt den Eindruck, im Baseltier herrschten Verhältnisse wie im Wilden Westen. Teilen Sie diese Auffassung?

Hanspeter Weibel: Tatsächlich waren viele Mitglieder der GPK zunächst ungläubig und dann fassungslos, als in ersten Sitzungen die Ergebnisse besprochen wurden, welche die Finanzkontrolle erarbeitet hat. Wir müssen wohl zur Kenntnis nehmen, dass auch im Kanton Baselland im Bereich Berateraufträge «Wildwest» herrscht. Etwas möchte ich an dieser Stelle betonen: Die GPK weiss um die Brisanz ihres Berichts. Aus diesem Grund wurden fundierte Abklärungen getroffen, in enger Absprache mit der Finanzkontrolle. Wir können alle Feststellungen belegen.

Welche Missstände haben innerhalb der GPK während der Beratungen am meisten zu reden gegeben?

Ein grosses Thema war die Verbuchungspraxis. Da wurden etwa von einem Budget, das nicht ausgeschöpft war, Beträge für ein anderes Projekt

Was die GPK von der Regierung verlangt

Liestal. In ihren Empfehlungen fordert die GPK von Regierung und Verwaltung, die Buchungsregeln strikt und direktionsübergreifend anzuwenden. Problemstellungen und deren Lösung müssten vor Auftragsvergabe detailliert beschrieben werden. Es sei konkret nachzuweisen, weshalb die Arbeiten aus eigener Kraft nicht erbracht werden könnten. Die GPK verlangt weiter: «Bei Aufträgen, bei welchen im Nachhinein festgestellt wurde, dass sie keinen Nutzen bringen, sind Konsequenzen zu ziehen und die Auftraggeber in die Verantwortung zu ziehen.» ck



«Wir können alle Feststellungen belegen.» GPK-Präsident Hanspeter Weibel betont, dass der Kommissionsbericht auf fundierten Abklärungen fusst. Foto P. Covino

abgezweigt. Erschreckt hat uns, wie schlecht die Aufträge kontrolliert wurden. In einem Fall musste die Verwaltung beim Auftragnehmer nachfragen, welche Zahlungen bereits erfolgt sind und wie sich der Stand der Arbeiten präsentiert.

Im Bericht heisst es, wiederkehrende Aufträge seien bewusst so formuliert worden, dass nur eine bestimmte Firma den Zuschlag erhalten konnte. Der Auftragnehmer wurde sogar ins Submissionsverfahren einbezogen. Sind wir da nicht im Bereich der Korruption angelangt?

Diese Frage kann ich nicht beantworten, weil wir keine strafrechtliche Untersuchung durchgeführt haben. Tatsache ist, dass in einem Handbuch genau geregelt ist, wie ein Projekt abzulaufen hat. Doch diese Vorgaben werden weder eingehalten noch kontrolliert noch existiert eine Führung.

Aufgefallen ist uns, dass Firmen, die einmal den Fuss im Staatswesen haben, kaum mehr wegzubekommen sind. Dies kann in Einzelfällen aufgrund von aussergewöhnlichen Anforderungen nachvollziehbar sein. Aber generell haben wir den Eindruck gewonnen, dass allzu schnell und leichtfertig behauptet wird, kein anderes Unternehmen könne diese oder jene Leistung erbringen.

Die Kritikpunkte sind heftig. Fordert die Geschäftsprüfungskommission personelle Konsequenzen?

Für diese Frage ist die GPK nicht zuständig. Es ist nun am Regierungsrat, zu handeln. Unbestritten ist aber sicherlich, dass eine Revisionsstelle solche Praktiken in einem Privatunternehmen niemals tolerieren würde. **Die GPK zieht das Fazit, Regierung und Verwaltung würden mit nutzlosen Bera-**

termandaten Steuergelder verschwenden. Welches Sparpotenzial ist Ihrer Meinung nach vorhanden?

Hier stochn wir im Nebel, weil die tatsächlichen Ausgaben aufgrund der chaotischen und unkoordinierten Verbuchungspraxis nicht exakt definierbar sind. Wir schätzen die jährlichen Ausgaben auf rund 50 bis 60 Millionen Franken. Von diesem Betrag müssten Einsparungen in der Höhe von mindestens 20 Prozent möglich sein. Einsparungen in der Höhe von 18 Millionen sind durchaus möglich, wobei es sicher noch Luft nach oben hat.

Die Regierung weist die Kritik zurück und unterstellt der GPK, anhand von Einzelfällen «unbelegte Pauschalvorwürfe» zu erheben. Was sagen Sie dazu?

Wie ich schon gesagt habe, haben wir umfangreiche und seriöse Abklärungen vorgenommen: Wir können alle Feststellungen belegen. Die Finanzkontrolle hat jeden Bestandteil der Abklärungen detailliert beschrieben und den Betroffenen die Möglichkeit zur Stellungnahme eingeräumt. Die Regierung kennt die entsprechenden Inhalte bereits seit August 2014. Weshalb sie jetzt mit einer Medienmitteilung derart abweisend reagiert und den Bericht abwertend beurteilt, kann ich mir nicht erklären.

Der Rat stört sich daran, vorgängig nicht angehört worden zu sein. Weshalb wurde die Regierung nicht frühzeitig einbezogen?

Das hat einen ganz einfachen Grund: Aufgabe der GPK ist es, den Direktionen auf die Finger zu schauen und Empfehlungen abzugeben. Die GPK als Milizorganisation des Parlaments muss ihre Berichte unbeeinflusst erstellen können und darf während dieses Prozesses nicht schon mit Einwänden konfrontiert werden. Darum sei nochmals hervorgehoben: Wir können alle in diesem Bericht geschilderten Vorgänge belegen.